

66. EUROPAMINISTERKONFERENZ

AM 18./19. NOVEMBER IN BERLIN

TOP 8: Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern

Berichterstatter: HH, BB, BE, HB, HE, NI

Beschluss

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen die „Schlussfolgerungen aus den Aktivitäten der Länder anlässlich der Europawahl 2014“ der Unterarbeitsgruppe „Europapolitische Kommunikation“ zur Kenntnis.
2. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz stellen fest, dass umfangreiche Anstrengungen in den Ländern unternommen wurden, um die Bürgerinnen und Bürger über die Europäische Union zu informieren und zur Teilnahme an den Europawahlen 2014 zu motivieren. Sie sind davon überzeugt, dass die vielfältigen Aktivitäten dazu beigetragen zu haben, die Wahlbeteiligung an der Europawahl in vielen Ländern – teilweise sehr deutlich – zu steigern oder weiterhin auf vergleichsweise hohem Niveau zu halten.
3. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz weisen darauf hin, dass dezentrale Maßnahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern geeignet sind, um insbesondere die Akteure der Europapolitik in der Bevölkerung bekannt zu machen und über europapolitische Lösungsansätze für die konkreten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu informieren. Deshalb rufen sie das Europäische Parlament und die Europäische Kommission auf, der dezentralen europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit einen höheren Stellenwert beizumessen und diese verstärkt zu unterstützen.
4. Die Europaminister sind davon überzeugt, dass eine intensivierete Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit langfristig nur durch eine verbesserte europäische Förderung sichergestellt werden kann. Sie bitten daher die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, die Mittel für die dezentrale Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit bei der Aufstellung der EU-

Jahreshaushalte durch Umschichtung aufzustocken. Sie setzen sich speziell auch dafür ein, dass die Förderung der Europäischen Union für die Informationsstellen des *EUROPE* Direct-Netzwerkes in den Ländern erhöht wird. Sie gehen dabei davon aus, dass sie künftig stärker in das Verfahren zur Vergabe der europäischen Fördermittel einbezogen werden.

5. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bitten die Bundesregierung, sie in diesem Anliegen gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament zu unterstützen. Zudem bitten sie die Bundesregierung, ihre Maßnahmen der dezentralen europapolitischen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in enger Kooperation mit den Ländern zu verstärken